

Polizeigewerkschaft Ermittlungen gegen Ex-LKA-Chef

Die Besoldungsaffäre um den Chef des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK), André Schulz, weitet sich aus. Die Hamburger Staatsanwaltschaft hatte jüngst ein Strafverfahren gegen den Gewerkschafter eröffnet. Eine Behördensprecherin sagte nun, die zwei weiteren Beschuldigten seien der Ex-Chef des Landeskriminalamts (LKA) und eine zumindest in der Vergangenheit zuständige LKA-Abteilungsleiterin. Der Anfangsverdacht laute auf Betrug. Hintergrund ist das Beschäftigungsverhältnis von Schulz bei der Hamburger Polizei. Der Erste Kriminalhauptkommissar darf aufgrund seiner Gewerkschaftsarbeit seit dem 1. Januar 2014 seine Arbeitszeit im LKA um 50 Prozent auf 20 Wochenstunden reduzieren. Laut Staatsanwaltschaft besteht der Verdacht, dass Schulz zeitweise keine 20 Stunden gearbeitet hat, das 50-Prozent-Gehalt aber kassierte. Die Vorgesetzten hätten womöglich „wahrheitswidrig“ Dienstzeiten von Schulz angegeben. Beide waren für eine Stellungsanfrage nicht erreichbar. Die Polizei Hamburg lehnte eine Stellungnahme ab. Schulz weist die Vorwürfe zurück. sms



„Rafale“-Jet bei der Dubai Airshow am 14. November

Rüstung

Kampfflugzeug am Boden

Berlin ärgert Paris mit einer Ausfuhrblockade für Bauteile.

Die französische Regierung ist verärgert über die deutsche Rüstungsexportpolitik. Grund ist die Weigerung Berlins, die Ausfuhr von Bauteilen für das französische Kampfflugzeug „Rafale“ zu erlauben. Die nicht erteilte Genehmigung für dringend benötigte Dichtringe könnte zwei Großaufträge des französischen Herstellers Dassault ernsthaft in Gefahr bringen, heißt es in deutschen Regierungskreisen. Dassault hat mit dem Golfstaat Katar einen Vertrag über 24 Maschinen abgeschlossen, nach Indien sollen 36 Maschinen gehen. Das Volumen beider Geschäfte beträgt fast 15 Milliarden Euro. Das Thema soll zwischen Berlin und Paris bereits auf höchster Ebene besprochen

worden sein, bislang ohne Lösung. Die französische Seite wirft den Deutschen vor, Menschenrechtsbedenken nur vorzuschieben. In Wahrheit verfolge Berlin Wirtschaftsinteressen: Der Kampfflieger „Rafale“ ist einer der größten Konkurrenten des „Eurofighter“, ein Gemeinschaftsprojekt insbesondere von Deutschland, Großbritannien und Spanien. „Eurofighter“-Produzent Airbus hatte sich ebenso wie Dassault um den Großauftrag aus Indien bemüht. Der Streitfall belastet das derzeitige Bestreben der beiden Länder, eine gemeinsame Verteidigungspolitik und gemeinsame Rüstungsprojekte auf europäischer Ebene zu vereinbaren. gt

AfD Doppelmoral in Düsseldorf

In Nordrhein-Westfalen streitet die AfD gegen den politischen Einfluss von Lehrern. Die Schule dürfe „nicht zu einem Ort der Indoktrination verkommen“, schrieb der AfD-Landtagsabgeordnete Christian Blex im Oktober in einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung. Er wollte wissen, wie sie das sogenannte Neutralitätsgebot an Schulen besser durchsetzen möchte. Allerdings hat Blex, bis Juni Mathematik- und Physiklehrer an einem Gymnasium

bei Paderborn, offenbar selbst im Unterricht über politische Themen gesprochen, berichtet ein ehemaliger Schüler. So habe er die Euro-Rettungspakete für Griechenland mit den Worten kritisiert: „Man überweist den Griechen Geld fürs Nichtstun.“ Blex bestreitet die Aussage. Die zuständige Aufsichtsbehörde entschied, dass Äußerungen von Blex durch die Meinungsfreiheit gedeckt seien. Dieser bestätigt, er habe sich im Unterricht „hin und wieder“ zur Politik geäußert. „Ich habe aber nie versucht, Schüler von meiner Meinung zu überzeugen.“ le

Diplomatie Bagdad stoppt Gabriel-Reise

Der irakische Regierungschef Haider al-Abadi hat eine Reise des geschäftsführenden Außenministers Sigmar Gabriel (SPD) auf undiplomatische Weise blockiert. Gabriel wollte Anfang November erst Bagdad und danach die autonome Kurdenregion im Nordirak für einen Vermittlungsversuch zwischen beiden Seiten besuchen. Die irakische Regierung signalisierte dem Auswärtigen Amt, Gabriel könne gern nach Bagdad kommen, ein Besuch in der

nach Unabhängigkeit strebenden Kurdenregion sei jedoch unerwünscht. Selbst Kanzlerin Angela Merkel konnte Abadi bei einem Telefonat nicht umstimmen. Gabriel sagte die Reise daraufhin komplett ab. Die Kurden hatten kürzlich in einem Referendum mit großer Mehrheit für die Unabhängigkeit vom Irak votiert, daraufhin hatte Bagdad die Region durch eine Blockade aller internationalen Flugverbindungen und Schließung mehrerer Grenzpunkte weitgehend isoliert. Zeitweise drohte der Konflikt sogar militärisch zu eskalieren. csc, mgb